

24/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Auch in der DDR muß es endlich Reformen geben

Die vorläufige Schließung der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin wurde unumgänglich, nachdem die dortigen Möglichkeiten einer menschenwürdigen Betreuung von hilfesuchenden Deutschen erschöpft waren. Aber kein Deutscher aus der DDR, der in der Ständigen Vertretung oder in einer unserer Botschaften Hilfe sucht, wird vor die Tür gesetzt. Nach diesem Grundsatz handelt die Bundesregierung in einer Situation, die sich nach dem 17. Juni und dem Mauerbau am 13. August immer mehr zur dritten großen Staatskrise der DDR auswächst.

Reformen in der Sowjetunion, Reformen in Polen, Reformen in Ungarn — nur Ost-Berlin bleibt unnachgiebig gegenüber allen Wünschen nach Veränderung. Trotz verbesserter Reisemöglichkeiten wächst deshalb das Gefühl der Bürger, eingesperrt zu sein, und steigert deren Ausreisewünsche zu fast panischen Fluchtbemühungen.

Kanzleramtsminister **Rudolf Seiters**: Die DDR muß ihre Verhältnisse ändern, um den Ausreisedruck zu mildern. Die DDR darf sich nicht isolieren, sie muß sich reformieren. Die DDR muß wissen, daß dieses Thema jetzt auch die Weltöffentlichkeit bewegt.

HEUTE AKTUELL

- **Beschäftigung**
Anhaltend günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 4
- **Energiepolitik**
Nie zuvor sind in so großem Umfang Mittel für Kohle bereitgestellt worden. Seite 6
- **Rot/Grün**
... es wäre der Abschied von Stabilität und innerer Sicherheit. Seite 23
- **Schleswig-Holstein**
Engholm hat nicht gehalten, was er versprochen hat. Seite 24
- **Dokumentation**
Suchtfrei leben. Leitfaden zur Drogen- und Rauschmittelproblematik. Grüner Teil
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

Kohl und Blüm geben das Startsignal: Kommunalwahlkampf-Auftakt in Düsseldorf

Mit einer öffentlichen Veranstaltung in der Düsseldorfer Stadthalle werden Helmut Kohl und Norbert Blüm am Freitag, dem 1. September 1989, den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen eröffnen. Beginn: 18.00 Uhr im Anschluß an eine Konferenz der Kreisvorsitzenden der CDU NRW und der Delegierten zum Bundesparteitag mit dem Landesvorsitzenden Norbert Blüm. Weitere Informationen im gelben Teil.

Wir wollen die Freiheit und Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung vollenden

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Landesvorsitzende der CDU Hessen, Ministerpräsident Walter Wallmann, dringt darauf, daß die Union die deutsche Frage wieder zu einem zentralen Thema der deutschen Politik macht. Dazu erklärte er:

Über die Aufgabe, in freier Selbstbestimmung die Freiheit und Einheit Deutschlands zu vollenden, kann nicht oberflächlich und geschichtslos daherschwadroniert werden. Daran sollen gerade diejenigen bei SPD und Grünen denken, die auf die Wiedervereinigung verzichten wollen.

Diese Haltung wird bei der CDU Deutschlands immer auf harten Widerstand stoßen. Denn der Aufbau einer friedlichen Völkergemeinschaft und das Miteinander der Nationen setzen voraus, daß ein Volk zu sich selbst steht und seine nationale Identität nicht aufgibt.

Die Partner der Bundesrepublik Deutschland nehmen eine klare Position zugunsten des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung ein. Dies hat erst vor wenigen Tagen der französische Staatspräsident François Mitterrand in dankenswerter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Um so dringlicher ist es, daß die Deutschen ihren Willen zur Wiedervereinigung klar formulieren. Im Einvernehmen mit unseren Nachbarn können wir mit der deutschen auch die europäische Spaltung überwinden.

Dabei kommt es auch darauf an, zu einer Aussöhnung mit Polen zu gelangen. Ich bekunde meine Sympathie für den Frei-

heitswillen des polnischen Volkes und verweise darauf, daß es neben dem Trennenden auch viele Gemeinsamkeiten zwischen Polen und Deutschen in der Geschichte gegeben hat. Beide Völker haben die Erfahrung der Teilung machen müssen, und auch die Freiheitsinteressen von Polen und Deutschen sind auf das engste miteinander verflochten. Das hat sich schon 1848 in der Paulskirche gezeigt, als es geradezu eine Welle der Sympathie für die Wiederherstellung eines freien Polens gegeben hat. Das zeigt sich auch heute, wo ein Teil der Deutschen ebenso wie die Polen unter einem System der Fremdbestimmung leidet.

Es geht um die Verwirklichung der Menschenrechte

Deutsche und Polen sitzen deswegen in einem Boot. Sie — die Polen wie die Deutschen in der DDR — können nur gemeinsam die Freiheit erlangen.

Im Kern geht es daher nicht vorrangig um Grenzen, sondern um die Verwirklichung der Menschen- und Freiheitsrechte. Die Grenzfrage, darauf hat ein Mann wie der verstorbene Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, dem die Aussöhnung mit Polen eine Herzensangelegenheit gewesen ist, in seiner letzten Rede hingewiesen, bleibt bis zum Abschluß eines frei ausgehandelten Friedensvertrages ungeregt.

Dieser Friedensvertragsvorbehalt gehört ebenso wie das Grundgesetz, der Deutschlandvertrag, der Moskauer und der Warschauer Vertrag von 1970, das Viermächteabkommen von 1971, die

Briefe zur deutschen Einheit und die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der Grundlagenvertrag und die beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 zu den Grundlagen der Deutschland- und Ostpolitik.

Wer angesichts dieser eindeutigen Rechtslage, die von den Deutschen niemals in Frage gestellt worden ist, den Vorwurf des Revanchismus erhebt, trägt nicht zum friedlichen Miteinander der Völker bei, weil er damit den Deutschen das natürliche Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten will. Von der deutschen Position geht keinerlei Bedrohung für Polen aus.

Es steht außer Frage, daß dem großen Leid, das Deutsche und Polen sich vor allem in diesem Jahrhundert gegenseitig zugefügt haben, kein neues Unrecht folgen darf. Es geht deshalb darum, daß Deutsche und Polen ein Verhältnis zueinander gewinnen, wie es schon seit langem zu Frankreich besteht. Denn nur ein Europa der Freiheit und des Rechts kann auch ein Europa des Friedens und der Freundschaft sein. ■

Adenauer-Stiftung nach Warschau und Budapest

Die Konrad-Adenauer-Stiftung will ihre internationale Arbeit auch auf osteuropäische Staaten ausdehnen. Ihr Vorsitzender, der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, sagte, er hoffe, noch in diesem Jahr einen Repräsentanten nach Warschau entsenden zu können. Danach solle der Wunsch Ungarns nach Zusammenarbeit mit der Adenauer-Stiftung erfüllt werden. Im nächsten Jahr will Vogel auch mit der Sowjetunion über die Einrichtung eines Stiftungsbüros sprechen.

DDR macht wieder von der Schußwaffe verstärkt Gebrauch

Wie der Leiter der Zentralen Erfassungsstelle der Länderjustizverwaltungen, Grasemann, in seinem Rechenschaftsbericht für das 1. Halbjahr 1989 mitteilte, hat sich die Zahl der von seiner Dienststelle registrierten Gewaltakte in der DDR gegenüber dem Vergleichszeitraum 1988 mehr als verdoppelt. Gezählt wurden 702 Gewalttaten — von staatlichen Willkürakten bis hin zum Schußwaffengebrauch an der Grenze. Im vergangenen Jahr waren es im gleichen Zeitraum 340.

In diesem Jahr wurden in Salzgitter schon 15 Fälle von Schußwaffengebrauch an der Grenze festgestellt — gegenüber fünf in den ersten sechs Monaten des Jahres 1988.

Seit 1961 wurden von der Zentralen Erfassungsstelle 39.120 Straftaten registriert. Im Bereich der Berliner Mauer gab es nach Grasemanns Angaben insgesamt 211 Tote.

Zitat

An den Kommunismus und seine Botschaft, höhnte unlängst auf einer Konferenz ein polnischer Teilnehmer, glaubten inzwischen nur noch die analphabetischen Massen in Lateinamerika sowie die deutschen Intellektuellen, und er erinnerte an die Bemerkung von Régis Debray, wonach der Kommunismus weithin „ein Luxusphänomen problemloser Gesellschaften, sozusagen Teil der intellektuellen Folklore Westeuropas“ geworden sei.

aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung

Anhaltend günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der von der günstigen Konjunkturentwicklung getragene Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt hält unverändert an. Zwar hat die Zahl der Arbeitslosen im Juli, wie stets zur Ferienzeit, vorübergehend wieder zugenommen, im Vergleich zum Vorjahr ist sie jedoch erneut kräftig — um 226.800 — zurückgegangen und bleibt damit auf dem niedrigsten vergleichbaren Stand seit sieben Jahren.

Diese positive Entwicklung drückt sich auch in einer deutlichen Verringerung der relativen Arbeitslosigkeit aus: Die Arbeitslosenquote, auf die Erwerbspersonen insgesamt bezogen, ist binnen Jahresfrist von 7,7 auf 6,9 Prozent gesunken. Auf die abhängigen Erwerbspersonen bezogen hat sie von 8,5 auf 7,7 Prozent abgenommen; das ist der niedrigste Juli-Wert seit 1982.

Erfreulich ist auch der seit langem anhaltende Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, die gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich — um rund 27 Prozent — zurückgegangen ist. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich mit einer Abnahme um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr außerordentlich stark verringert und liegt heute mit 32.600 um rund 400.000 niedriger als im Juli 1983; Kurzarbeit ist, gesamtwirtschaftlich gesehen, derzeit kaum noch von Bedeutung.

Der Beschäftigungsanstieg und die Nachfrage nach Arbeitskräften setzen sich dagegen ungebrochen fort. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Juni bei 27,6 Millionen und damit um 313.000 höher als ein Jahr zuvor und — saisonbereinigt — um rund 1,2 Millionen über dem Beschäftigungstiefstand vom Herbst 1983. Die

Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten offenen Stellen übertraf mit 255.500 den Vorjahreswert im Juli um gut 28 Prozent.

Zu den Arbeitsmarktzahlen erklärte **Wolfgang Vogt**, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Nun heißt es für die Unternehmer, die wirtschaftliche Dynamik auch weiter zu nutzen, Überstunden zu vermeiden und Personaleinstellungen vorzunehmen. Aktive Hilfe dazu bietet auch das Programm der Bundesregierung zur Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen. Vogt forderte alle Beteiligten in Wirtschaft und Verwaltung auf, auch vor Ort den Dialog am „Runden Tisch sozialer Verantwortung“ aufzunehmen und Langzeitarbeitslosen neue Beschäftigungsfelder zu erschließen.

Beispielloser Aufschwung unserer Wirtschaft

Zur weiteren konjunkturellen Entwicklung erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann**: Wie bereits 1988 müssen die Prognostiker für 1989 ihre Erwartungen nach oben korrigieren. Inzwischen ist von einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3,5 Prozent auszugehen. Auch die Beschäftigung wird weiter kräftig zunehmen.

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt seit der Regierungsübernahme von Helmut Kohl Ende 1982 einen seit sieben Jahren ungebrochenen Wirtschaftsaufschwung, dessen Dauerhaftigkeit in der Geschichte unseres Landes beispiellos ist. Auch die Preissteigerungsrate dürfte sich für 1989 unter drei Prozent drücken las-

Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose:

Zu Arbeit verhelfen ist besser als nur den Lebensunterhalt zu sichern

Am 1. Juli ist das Sonderprogramm der Bundesregierung zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen angelaufen. Ziel des Programmes ist es, diesem Personenkreis zu Arbeit zu verhelfen, statt ihm nur den Lebensunterhalt zu sichern. Dazu hat die Bundesregierung insgesamt 1,5 Milliarden DM bereitgestellt.

Betriebe und Verwaltungen sind aufgerufen, dieses Programm, das vom „Runden Tisch sozialer Verantwortung“, an dem u. a. Arbeitgeberpräsident Murmann und DGB-Vorsitzender Breit teilnahmen, einheitlich begrüßt worden ist, jetzt auch zu nutzen.

Private und öffentliche Arbeitgeber können Lohnkostenzuschüsse für zwölf Monate erhalten, wenn sie Langzeitarbeitslose einstellen. Diese Zuschüsse sind nach der Dauer der vorausgegangenen Arbeitslosigkeit gestaffelt. Sie betragen bei einer Arbeitslosigkeit von drei Jahren und länger zwischen 60 und 80 Prozent der Lohnkosten, bei ein bis zwei Jahren Arbeitslosigkeit zwischen 40 und 60 Pro-

zent. Die Anträge auf Förderung können ab dem 1. Juli von den Arbeitsämtern genehmigt werden.

Zusätzlich wird ein 250-Millionen-DM-Programm aufgelegt, das die berufliche Eingliederung Langzeitarbeitsloser mit besonders schwerwiegenden Vermittlungsproblemen zum Ziel hat. Aus diesem Programm können für die Betreuung, Beschäftigung und berufliche Qualifizierung dieser Arbeitslosen Investitionskostenzuschüsse, Betriebsmittelzuschüsse und weitere Finanzhilfen gewährt werden.

Langzeitarbeitslosigkeit ist heute das schwierigste Arbeitsmarktp Problem überhaupt. Die Überwindung dieser Form der Arbeitslosigkeit, die den Betroffenen mit zunehmender Dauer einen beruflichen Neuanfang immer schwerer macht, ist eine Herausforderung an die gesamte Gesellschaft. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß mit den vorgesehenen Hilfen ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf eine gezielte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit getan wird.

sen. Da der gegenwärtige Aufschwung im wesentlichen von den Investitionen getragen wird, ist damit zu rechnen, daß sich die Ausrüstungsinvestitionen zwischen 1988 und 1990 um 25 Prozent erhöhen, womit die Voraussetzungen für ein mittelfristig höheres Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Trotz all dieser hervorragenden Tenden-

zen, die auch für 1990 eine Fortsetzung des Wirtschaftswachstums auf hohem Niveau (3 Prozent), eine Zunahme der Beschäftigung und einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit erwarten lassen, müssen weitere verstärkte Anstrengungen — insbesondere am Arbeitsmarkt — unternommen werden, um die Arbeitslosigkeit weiter abzusinken. ■

Nie zuvor sind in so großem Umfang Mittel für Kohle bereitgestellt worden

Die Bundesregierung hat erneut unter Beweis gestellt, daß in der Kohlepolitik auf sie Verlaß ist. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die heimische Kohle auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag für unsere Energieversorgung leisten wird. Dies hat der Bundeskanzler immer wieder herausgestellt. Rudolf Seiters, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes:

Man darf in diesem Zusammenhang an die bisherigen Leistungen erinnern. Von 1983 bis 1988 wurden rund 33 Milliarden Mark für die deutsche Steinkohle aufgewendet, in diesem Jahr werden es rund zehn Milliarden Mark sein. Nie zuvor sind in so großem Umfang Mittel für die Kohle bereitgestellt worden. Dabei möchte ich auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Bundesregierung ihren besonderen Eigentümerpflichten bei den Saarbergwerken immer nachgekommen ist. Nach einer Kapitalzuführung von 117,5 Millionen Mark im Jahre 1988 hat der Bund wie zugesagt im April 1989 seinen restlichen Anteil zur vollen Auffüllung des Grundkapitals der Saarbergwerke AG von 148 Millionen Mark geleistet.

Die jüngsten Ministergespräche beim Bundeskanzler haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Verstromungsmenge von rund 41 Millionen Tonnen/Jahr des zweiten Jahrfünftes der Laufzeit des Jahrhundertvertrages (1986—1990) auch in den Jahren 1991—1995, das heißt im dritten Jahrfünft der Laufzeit des Jahrhundertvertrages, beibehalten wird. Es ist richtig, daß dies gegenüber den vertraglichen Regelungen eine Mengenanpassung von

1,2 Millionen Tonnen jährlich bedeutet. Aber wichtig ist doch die Botschaft: Es geht nicht weiter runter, sondern wir halten die Menge.

Richtig bleibt natürlich, daß wir mit den Leistungen für die deutsche Kohle an die Grenzen der Belastbarkeit stoßen. So mußten wir bei unserer Entscheidung die Forderung der EG-Kommission nach einer Verringerung der Kohlebeihilfen berücksichtigen. Deshalb soll der Verstromungsfonds in den kommenden Jahren entlastet werden: Die Zahlungen für den Revierausgleich werden für die Jahre 1990 bis 1993 (Geltungszeitraum der EG-Beihilfeentscheidung) durch eine gemeinsame Haushaltsfinanzierung von Bund und Revierländern im Verhältnis zwei Drittel zu ein Drittel aufgebracht.

Der Erschwereniszuschlag für den Einsatz niederflüchtiger Kohle wird grundsätzlich von den Bergbauunternehmen übernommen. Soweit dies im Einzelfall zu nicht tragbaren Belastungen des Unternehmens führt, sollen Bund und Land im gleichen Schlüsselverhältnis zwei Drittel zu ein Drittel und für den gleichen Zeitraum die notwendige finanzielle Unterstützung gewähren.

Kohlepfennig senken

Damit soll ermöglicht werden, im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des einzelnen Stromverbrauchers, den Kohlepfennig für die kommenden Jahre zu senken. Der Bundesminister für Wirtschaft wird im Sinne dieser Entscheidungen eine Novelle zum dritten Verstromungsgesetz vorlegen.

Die Bundesregierung hat auch ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt, daß sie nach

Auslaufen der derzeitigen Sonderprogramme im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Jahre 1991 zu regionalpolitischen Maßnahmen bereit ist, sofern sich dies als notwendig erweisen sollte. Außerdem prüfen die zuständigen Bundesressorts, mit welchen ergänzenden Maßnahmen die Mobilität der Belegschaft und ihre Qualifikation für das mittelfristige Einmünden in andere zukunftsorientierte Tätigkeiten verbessert werden können.

Ich glaube, daß diese Entscheidungen eine vernünftige Basis für den jetzt auf Initiative des Bundeskanzlers von der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern an eine unabhängige Expertenkommission unter Leitung von Herrn Professor Dr. Paul Mikat erteilten Auftrag sind, die Bundesregierung bei der Erarbeitung einer Konzeption für eine gemeinsame Kohlepolitik im Rahmen der zukünftigen europäischen Energiepolitik zu beraten.

Dem Bundeskanzler und der Bundesregierung geht es darum, möglichst rasch zu Ergebnissen zu kommen, die von allen Beteiligten mitgetragen werden können. Das sind wir den Bergleuten und ihren Familien schuldig.

Momper-Senat gefährdet die Zukunft Berlins

Zu der vom Berliner Senat beantragten Streichung von täglich 36 Berlinflügen erklärte der Berlinbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kittelmann:

Die CDU/CSU-Fraktion fordert den Berliner Senat auf, die beantragte Streichung zu überdenken und zurückzunehmen. Nach der Verweigerung der Modernisierung und des notwendigen Ausbaus des Flughafens Tegel versagt die rotgrüne Koalition erneut in der für Berlin und seine wirtschaftliche Zukunft wichtigen Luftverkehrspolitik.

Zu einem Zeitpunkt, da die Sowjetunion Bereitschaft zeigt, auf die Initiative des ehemaligen US-Präsidenten Reagan einzugehen, Berlin zu einem internationalen Luftverkehrskreuz auszubauen, betreibt der Senat offensichtlich die systematische Provinzialisierung Berlins.

Der Senat verkennt, daß eine gute Luftverkehrsanbindung eine wichtige Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit der Berliner Wirtschaft darstellt.

Ludwig Gerstein neuer Vorsitzender des Vereins für Leitende Angestellte

Nach 12jähriger Tätigkeit hat der bisherige Vorsitzende, **Eberhard Pohlmann**, die Leitung des Vereins für Leitende Angestellte und des damit verbundenen Beirates „Leitende Angestellte“ der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) abgegeben. Zum neuen Vorsitzenden wurde einstimmig der CDU-Bundestagsabge-

ordnete **Ludwig Gerstein** gewählt. Auf die Tätigkeit des Vereins und MIT-Beirats zurückblickend betonte Gerstein, daß es ausschließlich das Verdienst von Pohlmann und seiner Mitstreiter sei, wenn es nun endlich nach über 16jährigem Kampf die gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse gebe.

Union: Keine neuen Energiesteuern!

Zu den Vorschlägen der SPD zum „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs, und die umwelt- und finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Bernd Schmidbauer und Michael Glos:

Wie wenig die SPD-Vorschläge taugen, zeigt schon die Kritik aus ihren eigenen Reihen. Karl Schiller hat die SPD-Absicht, die Energiesteuern massiv anzuheben, „mit Schrecken“ zur Kenntnis genommen. Er hält das SPD-Programm für „nicht ausreichend durchdacht und unausgegoren“. Hans Apel hält die Vorschläge für „so nicht finanzierbar“. Außerdem „laufe es gegen den kleinen Mann“, die Kfz-Steuer abzuschaffen. Der IG-Chemie-Vorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe hält die Vorschläge zum ökologischen Umbau für „reichlich romantisch“.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Vorschläge der SPD und der Grünen, Wirtschaft und Bürger mit einer Vielzahl neuer Steuern zu belasten, ab.

● Energie ist in der Bundesrepublik Deutschland heute schon in erheblichem Umfang mit Steuern und Abgaben belastet. Das Gesamtvolumen beläuft sich 1989 voraussichtlich auf über 40 Mrd. DM, z. B. über die Mineralölsteuer, die Gassteuer, den Kohlepfennig, die Konzessionsabgabe und die Kfz-Steuer;

● Öko-Steuern nach den Vorschlägen der SPD tragen nicht zu einer Verbesserung des Umweltschutzes bei, sondern sind lediglich ein Vehikel zur Erhöhung der Staatsquote;

● neue oder höhere Energiesteuern können auch zu erheblichen Wettbewerbs-

problemen zu Lasten des Standortes Bundesrepublik Deutschland sowie zu sozialen Verwerfungen führen; neue Energiesteuern würden außerdem die angestrebte EG-Harmonisierung der indirekten Steuern zusätzlich erschweren.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt auch den Vorschlag der SPD ab, die Kraftstoffe stärker zu besteuern. Mehrere Parlamentsanhörungen von Steuer- und Umweltexperten haben ergeben, daß eine Umweltentlastung nur von einer erheblichen Anhebung der Benzinsteuer zu erwarten ist. Abgesehen von den unverantwortlichen sozialen Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, zeigt dies auch die Schwäche des Öko-Steuer-Konzepts: Wenn die erwünschte Wirkung eintritt, würden die Einnahmen des Staates zurückgehen. Die Mindereinnahmen müßten dann durch ständige Erhöhungen der Öko-Steuern oder durch die Etablierung immer neuer Öko-Steuern ausgeglichen werden. Dadurch wäre die Einnahmeseite des Staates ständig in Bewegung, ein steuerpolitisch unsinniges Ergebnis bei fragwürdigem umweltpolitischen Nutzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich demgegenüber eindeutig zu den Vorschlägen bekannt,

● die Kfz-Steuer langfristig so umzugestalten, daß sie neben der Hubraumbesteuerung eine deutliche Schadstoffkomponente enthält. Eine solche aufkommensneutrale Umgestaltung der Steuer könnte erhebliche Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten zugunsten der Luftreinhaltung haben;

● im Einzelfall zu prüfen, durch welche schadstoffbezogenen Abgaben Lenkungswirkungen zugunsten eines verbesserten Umweltschutzes erzeugt werden können.

Mehr Umweltvorsorge durch Umweltverträglichkeitsprüfung

„Vorbeugen ist besser als heilen — auch für die Umwelt.“ Mit dieser Forderung ihres 17-Punkte-Umwelt-Programms vom 6. Januar 1987 hat die CDU eine neue Phase der Umweltpolitik eingeleitet. Das CDU-Konzept der umfassenden Umweltvorsorge bildet den ökologischen Rahmen für eine der Umwelt verpflichtete Soziale Marktwirtschaft.

I. Zur Verwirklichung der Umweltvorsorge hat die CDU eine Fülle von Maßnahmen ergriffen, die den umweltrechtli-

Beschluß des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU

chen Ordnungsrahmen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten ergänzen. Sie hat weitere Vorschläge gemacht, wie beispielsweise den Ausbau der Umwelthaftung und die Einführung einer obligatorischen Umwelthaftpflichtversicherung. Zu einer Verbesserung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen, die in der Koalitionsvereinbarung vom 10. April 1987 beschlossen wurden, gehört die „rasche Umsetzung der EG-Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfungen“.

Die Bundesregierung hat den „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten“ in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Der Bundesfachausschuß „Umweltschutz“ der CDU begrüßt den Gesetzent-

wurf der Bundesregierung und unterstützt ihn nachdrücklich als nach Form und Inhalt angemessene Umsetzung der EG-Richtlinie in das innerstaatliche Recht.

II. Die Umweltverträglichkeitsprüfung im Sinne des UVP-Gesetzes darf in ihrer Wirkung weder überschätzt noch unterschätzt werden. Sie ist weder umweltpolitisches „Wundermittel“, noch darf sie zur wirtschaftspolitischen „Investitionsbremse“ werden.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedeutet, daß das Umweltrisiko eines prüfpflichtigen Vorhabens ohne Bezugnahme auf andere Belange sorgsam abgeschätzt und eine Bewertung der Umweltauswirkungen nach Maßgabe des geltenden Rechts vorgenommen wird, und daß die Ergebnisse der Prüfung bei der Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens Berücksichtigung finden.

Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedeutet nicht, daß im Rahmen der Zulassungsentscheidung Umweltbelangen gegenüber anderen Belangen stets und grundsätzlich der Vorrang gebührt. Sie wird aber das Gewicht der Umweltbelange bei der Abwägung mit anderen Belangen deutlich und ausdrücklich erhöhen.

III. Die Umweltverträglichkeitsprüfung verwirklicht als systematische und umfassende Umweltfolgenprüfung bei bestimmten Vorhaben mit möglicherweise erheblichen Umweltauswirkungen die umweltpolitische „Prinzipientrias“:

● Durch den frühzeitigen und durch den umfassenden Ansatz der Umweltfolgenprüfung kann dem Entstehen möglicher

Umweltbeeinträchtigungen am besten vorgebeugt werden (Vorsorgeprinzip).

● Durch die Vorleistung des Vorhabenträgers für die umweltbedeutsamen Angaben seines Vorhabens, die behördliche Ermittlungen ergänzt und entlastet, wird vor allem der mögliche Verursacher von Umweltbeeinträchtigungen und nicht die Allgemeinheit belastet (Verursacherprinzip).

● Durch die frühzeitige Unterrichtung des Vorhabenträgers über den Untersuchungsrahmen der erforderlichen Umweltfolgenprüfung von seiten der zuständigen Behörde wird für alle Beteiligten eine wirkungsvolle und auf die wesentlichen Fragen konzentrierte Durchführung des Prüfverfahrens erreicht (Kooperationsprinzip).

IV. Mit ihrem umfassenden, umweltmedienübergreifenden Prüfansatz verschafft die Umweltverträglichkeitsprüfung dem Umweltschutz als Querschnittsaufgabe verstärkte Geltung.

V. Durch ihren Einbau in die bestehenden Zulassungsverfahren, durch ihre systematische und formalisierte Form, durch die stärkere Heranziehung des Vorhabenträgers für das Beibringen der Angaben und durch die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der einschlägigen Behörden führt die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu einer Verzögerung der Vorhaben. Will sie sich nicht dem Vorwurf eines bürokratischen Hemmschuhs aussetzen, muß die Umweltverträglichkeitsprüfung im Gegenteil zu einer Beschleunigung der Verfahren beitragen. Deshalb müssen von den Verfahrensbeteiligten fest vorgegebene, im Interesse der sorgfältigen Prüfung nicht zu knapp bemessene Fristen eingehalten werden.

VI. Die Umweltverträglichkeitsprüfung erstreckt ihren Anwendungsbereich nur

auf Vorhaben, die erhebliche Umweltauswirkungen hervorrufen können, und die grundsätzlich schon nach geltendem Recht erhöhten Prüfanforderungen unterliegen.

Um ihr Ziel zu verwirklichen, sollten vor allem auch Feriendörfer und Hotelkomplexe im Außenbereich nach dem Vorschlag des Bundesrats, größere Energiefreileitungen sowie Vorhaben der Landesverteidigung unter den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Voraussetzungen in den Anwendungsbereich der Umweltverträglichkeitsprüfung einbezogen werden.

VII. Die Umweltverträglichkeitsprüfung wird unter weitgehender Schonung der bestehenden rechtlichen und administrativen Gegebenheiten in die bestehenden Verfahren zur Zulassung von Vorhaben eingebaut, um eine Übernormierung und die Schaffung neuer Behörden zu vermeiden.

Da für ein Vorhaben häufig mehrere parallele Zulassungsverfahren erforderlich sind, sollten die Bundesländer jedoch die Möglichkeit nutzen, das Umweltfolgenprüfverfahren in starkem Maße bei der federführenden Behörde zusammenzuführen.

VIII. Das UVP-Gesetz entwickelt die mit dem stoffbezogenen Ansatz des Chemikaliengesetzes begonnene umfassende frühestmögliche Ermittlung und Bewertung der Umweltfolgen anthropogener Eingriffe **vorhabenbezogen** fort, ohne den bereits erreichten hohen Standard des deutschen Umweltrechts zurückzubauen. Mit seinem vereinheitlichenden Begriffsverständnis ist das UVP-Gesetz geeignet, auch auf andere Bereiche auszustrahlen, die seiner Regelung nicht unterliegen. Es wird die Umweltverträglichkeitsprüfung als Instrument der Umweltvorsorge im Umweltrecht fest verankern.

...es wäre der Abschied von Stabilität und innerer Sicherheit

Immer deutlicher zeichnet sich ab, was die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland von einem rot-grünen Bündnis zu erwarten hätten. Rudolf Seiters, Bundesminister für besondere Angelegenheiten und Chef des Bundeskanzleramts: Die Thesen zur Rechts- und Innenpolitik, die die Bundestagsfraktion der Grünen vorgestellt hat, müssen jeden alarmieren, dem unser demokratischer Rechtsstaat am Herzen liegt. Das Ergebnis der grünen Forderungen wäre nicht der „gläserne Staat“, sondern ein Scherbenhaufen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit.

● So soll zum Beispiel die Polizei systematisch geschwächt und verunsichert werden — wie es in Berlin zur Zeit schon

Die rechtspolitischen Thesen der Grünen

geschieht. Die verheerenden Konsequenzen einer solchen Politik sind bei den Krawallen am 1. Mai für jeden offensichtlich geworden.

● Der Verfassungsschutz soll aufgelöst werden. Das bedeutet: Verfassungsfeindliche Tendenzen würden nicht länger beobachtet, links- und rechtsextremistische Gruppen erhielten freie Bahn.

● Das Berufsbeamtentum soll abgeschafft werden — und damit eine der bewährten und stabilen Säulen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

● Das Asylrecht soll — wie es verschleiern heißt — ausgeweitet und damit in Wahrheit aufgeweicht werden.

Offensichtlich sollen in Zukunft nicht nur politisch Verfolgte bei uns Aufnahme finden, es soll allen Tür und Tor geöffnet werden, die sich — aus welchen Gründen auch immer — bei uns niederlassen wollen. Dies aber kann unsere Bundesrepublik Deutschland nicht verkraften.

● Schließlich sollen die Haftbedingungen im Strafvollzug immer weiter gelockert werden — bis hin zu einem offenen Vollzug. Es mutet besonders makaber an, eine solche Forderung am selben Tag zu erheben, an dem der Prozeß über das Gladbecker Geiseldrama eröffnet wird.

Die Grünen scheinen der Devise zu folgen: „Vierzig Jahre Stabilität und innerer Friede sind genug.“ Eine Umsetzung dieser Forderungen würde wesentliche Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats beseitigen, sie würde den Gedanken der wehrhaften Demokratie unterminieren und zerstören. Niemand wird behaupten wollen, daß dies den Grünen nicht bewußt ist: Es geht ihnen offensichtlich um eine gezielte Schwächung und tiefgreifende Veränderung unserer politischen Ordnung, um den Marsch in eine andere, von linksradikal-sozialistischen Ideen geprägte Republik.

Mit diesen Grünen will die SPD nach der Bundestagswahl 1990 eine Koalition eingehen.

Aber für eine solche Politik, wie sie von den Grünen jetzt wieder beschrieben wurde, gibt es keine Mehrheit in der Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger werden dafür sorgen, daß aus einer „potentiellen“ rot-grünen Mehrheit, die Hans-Jochen Vogel nebulös an die Wand malt, niemals eine „aktuelle“ Mehrheit wird.

Ein Jahr SPD in Kiel:

Engholm hat nicht gehalten, was er versprochen hat

Vor gut einem Jahr, am 28. Juni 1988, hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm in seiner ersten Regierungserklärung gesagt: „Ziel wird es sein, unser Land zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort für Europa zu machen, dabei den ökologischen Bedingungen voll Rechnung zu tragen, Arbeit für möglichst alle zu schaffen und das Süd-Nord-Gefälle langfristig abzubauen.“ Ottfried Hennig, Vorsitzender der CDU Schleswig-Holstein und Parlamentarischer Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium: „Von diesem Ziel ist Schleswig-Holstein heute weiter entfernt denn je. In einer Umfrage des „Industriemagazin“ wird unser nördlichstes Bundesland heute hinsichtlich des Investitionsklimas von Unternehmen auf den letzten Platz aller Flächenländer gesetzt. Bei einer vergleichbaren Umfrage, die zur Zeit der CDU-Regierung stattfand, nahm Schleswig-Holstein nach Bayern und Baden-Württemberg gemeinsam mit Niedersachsen den dritten Rang ein.“ Hennig weiter:

Wenn zur Zeit die Konjunktur auch in Schleswig-Holstein gut läuft, dann hat unser Bundesland diesen Zuwachs von 2,6 Prozent nicht wegen, sondern trotz der Wirtschaftspolitik der Landesregierung erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland erlebt dank der erfolgreichen Politik der Bundesregierung gegenwärtig Wirtschaftswachstum im siebten Jahr hintereinander in einem seit langem nicht gekannten Ausmaß, und Schleswig-

Holstein bekommt diesen positiven Trend — wenn auch abgeschwächt — mit.

Im Lande selbst hat es die Landesregierung verstanden, die Wirtschaft in vielen Bereichen zu verunsichern, ein Klima der geringen Zuversicht zu schaffen und Signale in die falsche Richtung zu geben.

Das Programm der SPD-Arbeitsgruppe „Fortschritt 90“, in der die schleswig-holsteinische Finanzministerin Simonis mitarbeitet, ist dafür ein Beispiel. Wer den Arbeitnehmern in einem Flächenland zumuten will, anstelle der Kfz-Steuer einen um 57 Pfennig höheren Benzinpreis zu bezahlen, der belastet jene Menschen, die in Schleswig-Holstein zum Teil weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle zurücklegen müssen, ungleich mehr als diejenigen, die in Ballungsräumen wohnen.

Wer angesichts des kommenden Binnenmarktes Unternehmen nicht von vergleichsweise höheren Steuern entlasten will, benachteiligt die wirtschaftlich schwächeren Regionen Deutschlands, zu denen auch Schleswig-Holstein gehört.

Es ist seltsam, daß sich Schleswig-Holsteins Ministerpräsident zu diesem von seiner Finanzministerin mitgetragenen Papier bis zur Stunde nicht geäußert hat.

Dasselbe gilt für den von Schleswig-Holsteins SPD-Landesvorsitzendem Walter vorgelegten alternativen Programmentwurf zum Grundsatzprogramm der SPD. Engholm sollte einmal den zumeist mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein erklären, was es bedeutet,

wenn — wie im Walter-Papier gefordert — die „Vertretungen der Interessen von Verbrauchern, Kommunen und Ökologie“ über das Betriebsverfassungsgesetz Mitbestimmungsrechte in Unternehmen bekommen.

Schließlich hat sich der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, der sich gerne als Hüter der politischen Kultur darstellt, noch mit keinem Wort von dem ungeheuerlichen REP-Papier aus der SPD-Baracke distanziert.

Dies sind einige Beispiele, die zeigen, daß es zwischen dem hohen Anspruch der SPD in Schleswig-Holstein, vieles besser zu machen, und den Versprechungen Engholms einerseits sowie der Politik seiner Partei andererseits eine riesige Lücke gibt.

Über die parteistrategischen Überlegungen, die zur Verunsicherung der Wirtschaft beitragen, hinaus gibt es auch Beispiele konkreter Politik, die zur Verschlechterung des Wirtschaftsklimas führen. Herausragend ist dabei der ideologisch motivierte Ausstieg aus der Kernenergie. Drei verlorene Prozesse der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor dem Obergericht in Lüneburg haben den gesamten Etat für rechtliche Auseinandersetzungen des Sozialministeriums aufgezehrt.

In der Mittelstandsförderung, die für Schleswig-Holstein besonders wichtig ist, weil die Wirtschaft zu 80 Prozent mittelständisch geprägt ist, hat die SPD-Landesregierung die Unternehmen in ein tiefes Loch fallen lassen. Seit dem 22. November 1988 werden Anträge der Betriebe und Unternehmen auf Förderung nach dem von der früheren CDU-Landesregierung gestalteten Mittelstandsstrukturprogramm nicht mehr angenommen. Das neue Mittelstandsprogramm

beginnt erst am 1. Januar 1990. Anträge, die in diesem Zeitraum gestellt wurden, werden nicht bearbeitet. Dies ist ein in der Bundesrepublik Deutschland einmaliger Vorgang.

In dem Bemühen um mehr Arbeitsplätze hat die neue Landesregierung dem früheren Programm der CDU nur ein neues Mäntelchen angezogen. Der Erfolg des Programmes knüpft an CDU-Leistungen an.

Allerdings verdeckt das neue Mäntelchen auch die Tatsache, daß die Landesregierung „ihre“ Programme zu einem erheblichen Teil aus den Strukturhilfsmitteln des Bundes finanziert. Sie widersetzt sich damit der Erwartung des Deutschen Bundestages, Strukturhilfsmittel direkt für die entsprechenden Investitionen den Städten und Gemeinden zukommen zu lassen. Lediglich ein knappes Fünftel der 252 Millionen DM, die Schleswig-Holstein jährlich aus den Strukturhilfsmitteln bekommt, fließt direkt den Städten und Gemeinden zu. 152 Millionen DM sind in sogenannten Landesprogrammen mehr oder weniger versteckt worden und werden fälschlich als Anstrengung der Landesregierung verkauft.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung hat inzwischen, 13 Monate nach Abgabe der Regierungserklärung, zu einhelliger Kritik aller Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein geführt. Von Flensburg bis Lübeck sind sich die IHK-Präsidenten einig: Diese Landesregierung betreibt Wirtschaftspolitik nicht mit der notwendigen Sensibilität und Entschiedenheit.

Fazit: Der Vertrauensvorschuß, den Engholm auch in Kreisen der Wirtschaft genoß, ist großer Verunsicherung gewichen.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Dazu trägt auch die Justizpolitik der SPD-Landesregierung in erheblichem Maße bei. Die SPD will durch die Änderung des schleswig-holsteinischen Richterwahlgesetzes die Rechtsprechung politisieren. Künftig soll die Partei, die im Landtag die Mehrheit hat, praktisch allein darüber entscheiden, wer in Schleswig-Holstein Richter wird.

Die CDU sieht schon in der Tatsache, daß der Eindruck entsteht, Richter würden nach dem SPD-Parteibuch berufen, schweren Schaden für die Unabhängigkeit und das Ansehen der Justiz.

Daß die SPD Einfluß auf die Rechtsprechung nehmen will, wird auch durch eine maßlose Urteilsschelte des Energieministers nach einer Niederlage vor dem Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg deutlich. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen hat das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg als erkonservativ beschimpft und damit den ideologischen Boden für die Schaffung eines eigenen Obergerverwaltungsgerichts in Schleswig-Holstein bereitet, was die Landesregierung inzwischen beschlossen hat.

Es liegt die Vermutung nahe, daß die Landesregierung hier ein eigenes Gericht für die zu erwartenden Prozesse um die Nutzung der Kernenergie schaffen will. Die Berufung von Richtern in leitende Funktionen gegen das Votum des fachlich qualifizierten Präsidialrates, die Zwangspensionierung des Generalstaatsanwaltes und die Einsetzung von parteipolitisch eindeutig zuzuordnenden Abteilungsleitern in fast allen Ministerien machen deutlich: Die SPD Landesregierung ist dem hohen Anspruch, den sie an sich selbst gestellt hat, nicht gerecht geworden.

Rentenreformgesetz '92

Die Notwendigkeit der Rentenreform ergibt sich aus der Entwicklung des Altersaufbaus der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 2030 wird es rund 12 Millionen weniger Personen im erwerbsfähigen Alter geben als gegenwärtig. 1000 Berufstätige müssen dann 1122 Rentner finanzieren. Der Beitragssatz müßte von 18,7 Prozent auf 40 Prozent ansteigen. Eine nicht hinzunehmende Belastung für den Generationenvertrag. Auf unserem Eichholzer Informationsforum wollen wir über die Konsequenzen und Wirkungen des Rentenreformgesetzes informieren.

Termin: 8. bis 9. September 1989
in Schloß Eichholz, Wesseling

Thema: Soziale Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Leistungsfähigkeit —
Zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung.

Gesprächspartner u. a.: Dr. Meinhard Miegel, Dr. Wolfgang Heine, Werner Niemeer, Horst Günther (CDU-MdB), Jürgen Egert (SPD-MdB), Willi Hoss (Grünen-MdB), Dr. Gert Dahlmanns. Im Rahmen des Forums sind Referate, Streitgespräche und eine Podiumsdiskussion geplant.

Teilnahmebedingungen:

Unterkunft und Verpflegung sind frei; Tagungsbeitrag 40,— DM; Fahrtkostenerstattung in Höhe einer Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn (Eigenbeteiligung: 20,— DM)

Anmeldungen nimmt entgegen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz, Postfach 1331
5047 Wesseling
Telefon (02236) 707-416

Die Mauer unterdrückt Freiheit und Menschenrechte

An den Grenzen Ungarns werden die Sperranlagen des Eisernen Vorhangs abgerissen. In anderen osteuropäischen Ländern gibt es Schritte zu mehr Freizügigkeit. Die Machthaber der DDR verteidigen hartnäckig die von ihnen erbaute Berliner Mauer, die noch immer Deutsche von Deutschen gegen ihren Willen trennt.

Diese Mauer ist zum Symbol der Unmenschlichkeit und der Unterdrückung von Freiheit und Menschenrechten geworden. Sie ist aber auch Monument des Scheiterns der SED-Politik, die vergeblich versuchte, den Freiheitswillen der Menschen in der DDR zu brechen. Doch auch in der DDR ist der Ruf nach Demokratie und Menschenrechten nicht mehr zu überhören. Die Verbreitung der Ideen der Freiheit und Demokratie läßt sich nicht mehr durch Beton-Mauern, Sperrzäune und Stacheldraht aufhalten.

Nie war die Chance größer als jetzt, Schritt für Schritt die Überwindung der europäischen und deutschen Teilung zu erreichen und für die Deutschen Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht durchzusetzen. Mauer und Stacheldraht sind mit Entspannung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost unvereinbar. Deshalb fordert die CDU von der SED-Führung,

X den elementaren Erwartungen der Menschen nach Freiheit, Freizügigkeit und Rechtssicherheit zu entsprechen und ihren in den KSZE-Dokumenten

eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen;

- X** die Mauer und die anderen Grenzsperranlagen zu beseitigen;
- X** die Sperrzonen auf der anderen Seite zu beseitigen und mehr Grenzübergänge zu eröffnen;
- X** die Reise-, Einreise- und Kontaktverbote abzuschaffen;
- X** Besucherlaubnis für Übersiedler aus der DDR zu gewähren und den Visumzwang aufzuheben.

»Niemand kann von den Deutschen verlangen, ihr Selbstbestimmungsrecht aufzugeben. Wir streben die Einheit um der Freiheit der Menschen willen an. Deshalb kann die Freiheit auch niemals der Preis der Einheit sein.« (Bundeskanzler Helmut Kohl, Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 1. Dezember 1988)

»An keinem anderen Ort wird die Teilung zwischen Ost und West deutlicher sichtbar als in Berlin. Dort trennt eine brutale Mauer Nachbarn und Brüder. Diese Mauer steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus. Sie muß fallen.« (Präsident George Bush am 31. Mai 1989 in der Rheingold-Halle in Mainz)

CDU

Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Die Menschen wollen zueinanderkommen

Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 quer durch die alte Hauptstadt Deutschlands riß über Nacht gewaltsam Familien und Freunde auseinander, versperrte den Weg der

Menschen zueinander. Diese Mauer ist bis heute steinerner Zeuge für die Absage an die Menschlichkeit, Symbol der Abgrenzung und Unfreiheit.

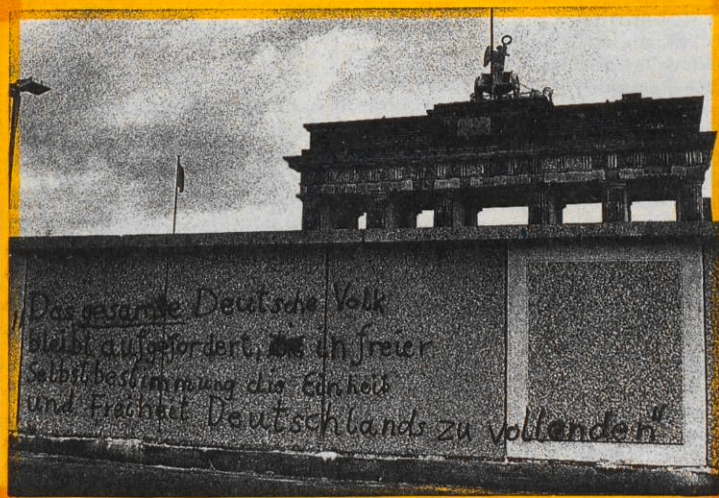
Seit 28 Jahren wehren sich unsere Landsleute gegen das Eingemauerte, machen sie ihren Anspruch auf Menschenrechte geltend, die ihnen von den Machthabern der DDR immer noch vorenthalten werden. 78 Menschen verloren seit 1961 ihr Leben beim Versuch, diese Mauer zu überwinden.

Auch wenn die Mauer durch die beharrliche und erfolgreiche Deutschlandpolitik Helmut Kohls durchlässiger geworden ist – sie bleibt ein unmenschliches Bauwerk und ein Relikt des Kalten Krieges.

Vor kurzem hat Ungarn begonnen, an der Grenze zu Österreich die Befestigungen aus Stacheldraht und die Minenfelder Stück für Stück zu beseitigen. Wir wollen, daß ebenso wie in Ungarn Sperrzäune und Stacheldraht in ganz Osteuropa fallen. Unser Ziel bleibt ein Berlin ohne Mauer in einer europäischen Friedensordnung, in der die Grenzen der Staaten in ganz Europa ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren.

»Die Achtung der Menschenrechte für alle Deutschen, der Verzicht auf Gewaltanwendung an den Grenzen und die Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen sind zentrale Anliegen unserer Politik.«

(Bundeskanzler Helmut Kohl)



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

24/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.